



Werbung

09.12.2025 • 70 

Meinungsfreiheit

Nach Millionenstrafe gegen X: Trump warnt vor Entwicklung der EU – sie sei „sehr schlecht für die Menschen“

Trump warnt bei einer Pressekonferenz vor der Entwicklung der EU – sie bewege sich „in einige falsche Richtungen“. Die wegen des Digital Service Act von der EU verhängte Millionenstrafe gegen X bezeichnete er als „üble Sache“.

Von Redaktion



Trump hat erneut heftig gegen die EU geschossen. (IMAGO/Cover-Images)

US-Präsident Donald Trump hat erneut in Sachen Meinungsfreiheit gegen die Europäische Union gewettert. Während eines Treffens mit Landwirten im Weißen Haus äußerte der republikanische Präsident Kritik an der Entwicklung der EU. Er

erklärte, die Europäische Union bewege sich „in einige falsche Richtungen“. Das sei „sehr schlecht für die Menschen“, betonte Trump weiter. Die USA wünschten sich nicht, dass sich Europa stark verändere, fügte er hinzu. „Wir wollen, dass Europa Europa bleibt“, so Trump abschließend. Das berichtet die *dpa*.

Der Präsident nahm ursprünglich Stellung, nachdem ein Reporter ihn auf die von der EU-Kommission in Brüssel verhängte Millionenstrafe gegen die Plattform X angesprochen hatte. „Das ist eine üble Sache“, sagte Trump. Er wolle sich ausführlicher dazu äußern, sobald er vollständig über den Fall informiert sei, erklärte er. Anschließend leitete er zu seiner Generalkritik an Europa über.

Werbung

Im Rahmen des Digital Services Act hatte die EU wegen Transparenzmängeln vergangene Woche eine Strafe in Höhe von 120 Millionen Euro gegen X verhängt. Dagegen protestiert die US-Administration energisch. Der amerikanische Außenminister Marco Rubio warf der Europäischen Kommission vor, nicht nur X anzugreifen. Vielmehr handele es sich um einen „Angriff ausländischer Regierungen auf alle amerikanischen Tech-Plattformen und das amerikanische Volk“.

Grund für die Strafe der EU-Kommission sind der Umgang mit Verifizierungshaken (45 Millionen Euro), der eingeschränkte wissenschaftliche Datenzugang (40 Millionen Euro) und mangelnde Transparenz bei Werbung (35 Millionen Euro). Wie diese Geldbeträge berechnet wurden, bleibt offen. Der Jahresumsatz des Unternehmens habe keine Rolle gespielt. Als Rechtsgrundlage wurde erstmals seit seinem Inkrafttreten im Februar 2024 der Digital Services Act (DSA) herangezogen.

Werbung

Bereits im Sommer hatten die Kongressabgeordneten Jim Jordan, Scott Fitzgerald und Kevin Kiley in einem gemeinsamen Bericht im *Brussels Signal* vor der schwindenden Meinungsfreiheit in Europa gewarnt. Sie hätten eine Delegationsreise nach Brüssel sowie nach London angetreten, um dem Problem auf den Grund zu gehen. Was sie gesehen haben, habe sie „schockiert“. Besonders brisant war laut den

Kongressmitgliedern die Situation, als EU-Kommissar Thierry Breton den US-Unternehmer Elon Musk davor warnte, ein Interview mit Donald Trump auf der Plattform X zu veröffentlichen, da die Inhalte „übergreifende Wirkungen“ in der EU hervorrufen könnten. Die US-Abgeordneten sahen in dem Vorfall einen „gefährlichen Präzedenzfall“.

LESEN SIE AUCH:



US-Präsident

„Eine Katastrophe“: Trump schießt erneut gegen EU-Migrationspolitik

Redaktion • 57



„Die 100“

Skurriler Auftritt: ARD-Moderatorin schwenkt Kettensäge und stellt Javier Milei in eine Reihe mit Nordkorea

Redaktion • 133

Im Juli hatte auch das US-Außenministerium gegen die EU geschossen und geschrieben, in Europa würden „tausende Menschen für die Kritik an ihren Regierungen verurteilt“ werden. Die Digitalpolitik der EU diene nicht der Meinungsfreiheit, sondern dem Schutz der Regierungen vor ihren eigenen Bürgern, hieß es damals weiter. Hintergrund war der Digital Services Act (DSA), der Internetplattformen zur Löschung sogenannter illegaler Inhalte verpflichtet – genau der, der jetzt erstmalig gegen X angewandt wurde.

„Zensur ist keine Freiheit“, hieß es in dem Beitrag des US-Außenministeriums. Weiter erklärte die Behörde: „Meinungsfreiheit ist ein Menschenrecht. In Europa werden tausende Menschen dafür verurteilt, dass sie ihre Regierung kritisieren. Diese orwellsche Botschaft wird die Vereinigten Staaten nicht täuschen.“ Anlass war eine Aussage der französischen Vertretung der Vereinten Nationen: „In Europa darf man frei sprechen, aber nicht illegalen Inhalt verbreiten.“ Aus Sicht der US-Regierung sei das eine Verkehrung von Freiheitsbegriffen. „Alles, was der DSA schützt, sind europäische Regierungschefs vor ihrem eigenen Volk“, heißt es aus Washington.

Werbung

Auch die Migrationspolitik ist immer wieder Gegenstand der Kritik der US-Regierung an der gegenwärtigen Politik Europas: Ziel Europas müsse es sein, „europäische Größe“ auf einen Kontinent zurückzubringen, der gegenwärtig von wirtschaftlicher Stagnation und der „düsteren Aussicht auf zivilisatorische

Auslöschung“ geprägt sei, heißt es etwa in der neuen Nationalen Sicherheitsstrategie der Vereinigten Staaten (mehr dazu [hier](#)).

jw

Teilen:   

Zu den Kommentaren (70) ↓

 Einmalig  Monatlich

Apollo News unterstützen

Zahlungsoptionen:    Apple Pay  Google Pay

10 € 15 € **25 €** 50 € 100 € Anderer Betrag (€) 

→ Weiter zum Zahlen

 Bank-Überweisung



Freund von Apollo News werden

Apollo News wäre ohne unsere Unterstützer nicht möglich. Mit dem neuen Freunde-Programm wollen wir unseren Unterstützern etwas zurückgeben, in Form von Dankeschöns wie einem werbefreien Zugang. [Mehr dazu hier](#)

Monatszahlung per Pay Pay

3,99 € /mtl.	9 € /mtl.	18,36 € /mtl.	50 € /mtl.
Basis	Standard	Gegen-GEZ	Förderer
Keine Unterstützung, nur Abo	Unterstützung + Abo	Unterstützung + Abo	Unterstützung + Abo

Beliebig (€) 

Der monatliche Betrag setzt sich zusammen aus PUR-Abo (3,99 Euro) und einer freiwilligen Unterstützung.

Weiter zum Abschließen

Werbung

Ihr Kommentar ...

70 Kommentare

Relevanz ▼

Die EU hat keinen Mehrwert 09.12.2025 um 08:01 Uhr



Geert Wilders bringt die Wut vieler Europäer in einen einzigen Post: „Niemand hat euch gewählt. Ihr vertretet niemanden. Ihr seid eine totalitäre Institution und könnt nicht einmal das Wort Meinungsfreiheit buchstabieren.“

 114  Antworten

Lindblom 09.12.2025 um 08:31 Uhr



Geert Wilders hat zwar recht.
Aber selbst der größte Teil der Niederländer folgt ihm nicht.

Die einzigen tatsächlichen Widerstandskräfte gegen den eigenen zivilisatorischen